

Antrag

der Fraktion der SPD

Einführung umweltfreundlicher Kraftfahrzeuge

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die Bundesregierung wird aufgefordert, in den Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten und den Gremien der Europäischen Gemeinschaft nachdrücklich auf einer verbindlichen Einführung der verschärften Abgasgrenzwerte nach dem Stand der Technik zum 1. Januar 1986 zu bestehen.
2. Im Hinblick auf die in der Bundesrepublik Deutschland besonders gravierenden Waldschäden und die sich hieraus ergebende nachhaltige ökologische Bedrohung erwartet der Deutsche Bundestag, daß die anderen EG-Mitgliedstaaten diesem besonderen Interesse der Bundesrepublik Deutschland Rechnung tragen.
3. Sollte eine EG-weite, verbindliche Festlegung der Emissionsgrenzwerte nach dem Stand der Technik mit Wirkung ab 1. Januar 1986 nicht erreichbar sein, ist der Deutsche Bundestag im Hinblick auf die zwingend lebensnotwendigen Erfordernisse des Umweltschutzes der Auffassung, daß in der Bundesrepublik Deutschland ab 1. Januar 1986 das erstmalige Inverkehrbringen von Kraftfahrzeugen verboten werden muß, deren Emissionen nicht die Grenzwerte nach dem Stand der Technik einhalten. Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf, die hierfür erforderlichen Maßnahmen zu treffen.
4. Der Deutsche Bundestag hält es auch für unumgänglich, unverzüglich Absprachen mit denjenigen europäischen Staaten zu treffen, die zu einem entsprechenden Vorgehen bereit sind. In Verhandlungen mit den europäischen Staaten sollte insbesondere sichergestellt werden, daß in genügendem Umfang unverbleites Benzin zur Verfügung steht.
5. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Anschaffung umweltfreundlicher Kraftfahrzeuge bis zur verpflichtenden Einführung der Emissionswerte nach dem Stand der Technik durch finanzielle Anreize zu fördern. Der Deutsche Bundestag erwartet eine rasche Lösung, die sicherstellt, daß Automobil-

industrie und Käufer bald wissen, von welchen gesetzlichen Regelungen sie ausgehen können. Bei weiterer Verzögerung gesetzlicher Entscheidungen drohen in der Automobilindustrie durch Kaufzurückhaltung Probleme, die sich sowohl auf die konjunkturelle Entwicklung wie auch auf die Sicherheit der Arbeitsplätze auswirken könnten.

Bonn, den 20. Juli 1984

Dr. Vogel und Fraktion

Begründung

Der Deutsche Bundestag sieht mit Sorge das nachhaltige Anwachsen der Vegetations- und Materialschäden. Die Schäden werden entscheidend von den Luftverunreinigungen verursacht, die zudem zu Gefährdungen der menschlichen Gesundheit führen.

Autoabgase sind eine der wesentlichen Quellen der Luftverschmutzung. Etwa 55 v. H. in der Bundesrepublik Deutschland emittierten Stickoxide und etwa 39 v. H. der Kohlenwasserstoffe stammen aus den Abgasen der Kraftfahrzeuge.

Die Schadstoffe in den Kraftfahrzeugabgasen müssen deshalb verbindlich durch die nach dem Stand der Technik wirkungsvollsten Methoden nachhaltig vermindert werden. Um dies zu erreichen, sind zusätzliche Maßnahmen zur Einführung umweltfreundlicher Kraftfahrzeuge notwendig.